

Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten oder durch die Post bezogen monatlich 2,50 Zloty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

**Nikolaier Anzeiger
Plesser Stadtblatt**

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene mm-Zeile für Polen 15 Gr., die 3-gespaltene mm-Zeile im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger“ Pleß. Postsparkassen-Konto 302 622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 107 **Mittwoch, den 7. September 1932** 81. Jahrgang

Ministerwechsel in Warschau

Pilsudski und Kühn treten zurück — Zawadzki und Butkiewicz zu Nachfolgern bestimmt — Der Hafnarbeiterstreik in Gdingen beigelegt

Warschau. Wie amtlich mitgeteilt wird, haben gestern die Minister Jan Pilsudski, Finanzen, und Minister Alfons Kühn, Verkehr, dem Staatspräsidenten ihre Demission überreicht, die auch angenommen wurde. An Stelle Pilsudskis ist der Vizefinanzminister Zawadzki getreten, während das Verkehrsministerium vom Ingenieur Butkiewicz übernommen wurde. Der Staatspräsident hat die Genannten mit Handschreiben vom 5. September auf diesen Posten bestätigt. Wie politisch unterrichtete Kreise wissen wollen, soll in der Regierung im Oktober eine weitere Veränderung vor sich gehen, die besonders den Posten des Premiers betrifft.

Der Streik in Gdingen beendet

Danzig. Am Montag früh ist die Arbeit im Hafen von Gdingen im vollen Umfange wieder aufgenommen worden. Die Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist auf der Grundlage erfolgt, daß die Arbeiter von jetzt ab 1,25 Zloty je Stunde bezahlt erhalten. Bisher wurden 1,10 Zloty je Stunde gezahlt.

Kommunisten-Razzia in Warschau

Blutige Zusammenstöße mit der Polizei.
Warschau. Im Zusammenhang mit dem am Sonntag stattgefundenen kommunistischen Jugendtag, hat die Warschauer Polizei zahlreiche Hausdurchsuchungen bei Kommunistenführern vorgenommen und 20 von ihnen verhaftet. Ferner hob die Polizei eine großartig eingerichtete Druckerei aus, die für ganz Polen das kommunistische Werbematerial herstellte. An den kommunistischen Charakter dieser Druckerei zu verschleiern, hatten die Kommunisten im Vorzimmer ein Mutter-Gottes-Bild und das Bild des Marschalls Pilsudski aufgehängt.

Bei Umzügen während des kommunistischen Jugendtages kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei. Als ein verhafteter Kommunist in der Wohnung eines Hausportners vernommen wurde, verletzten seine Anhänger, ihn

zu befreien. Der Polizeibeamte gab mehrere Revolver-schüsse ab und tötete eine Frau. Ferner stürmten die Kommunisten das Haus der Ortskrankenkasse, in dem die Einrichtung von der wütenden Menge zerstört wurde. Verstärkte Polizeiaufgebote stellten die Ruhe wieder her.



Oberbürgermeister Goerdeler Ministerpräsident eines Koalitions-Kabinetts in Preußen?

Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, der ehemalige Preisabbau-Kommissar, wird jetzt als Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Preußen genannt, auf den als neutrale Persönlichkeit sich das Zentrum und die NSDAP geeignet haben sollen. Dr. Goerdeler soll gleichzeitig das Finanzministerium übernehmen, während die übrigen Amtsgeschäfte des Kabinetts von vier Ministern wahrgenommen werden sollen.

Nationalsozialisten gegen Danziger Senat

Vor einer Regierungskrise in schwerster Zeit

Danzig. Der Danziger Senat wird zu der Lage, die durch die Kündigung der Tolerierungspolitik der Danziger Nationalsozialisten entstanden ist, in einer Senats-sitzung am Dienstag Stellung nehmen und entsprechende Entschlüsse fassen. Gleichzeitig teilt der Senat den Inhalt seines Antwortschreibens auf die Forderungen der Nationalsozialisten mit. Der Senat weist in seiner Antwort darauf hin, daß die Sentung der öffentlichen Ausgaben in Staat und Stadt schwere Opfer aller Kreise und insbesondere der ärmsten Schichten der Bevölkerung erfordert habe. Alle im Laufe der Tätigkeit des jetzigen Senats getroffenen Maßnahmen seien im engsten Einvernehmen mit der Fraktion der NSDAP beraten und von den Regierungsparteien zusammen mit der NSDAP beschlossen worden. Der Senat erklärt sich bereit, die nationalsozialistischen Vorschläge auf ihre praktische Durchführbarkeit zu prüfen und weiter zu bearbeiten. Der Senat sei sich dabei bewußt,

daß die französische Regierung in ihren äußerst lebhaften Verhandlungen mit den übrigen Mächten nicht gestört sein will und sich in ihrem Trommelfeuer auf die Weltmeinung eine Ruhepause gönnt.

Vermutlich will man vermeiden, gewisse Verhandlungspartner — wie etwa denjenigen jenseits des Kanals — durch einen allzu hitzigen Pressefeldzug und allzu deutlichen Druck zu verstimmen. Hinter den Kulissen herrscht umso regere Tätigkeit, doch dringt darüber nichts in die Öffentlichkeit.

In politischen Kreisen meint man, daß Kommentare zu den einzelnen Phasen des Meinungsaustausches die Deffentlichkeit nur beunruhigen könnten.

Frankreich sehe keinen Anlaß zur Eile und werde seine Beschlüsse erst dann fassen, wenn der internationale Boden vorbereitet sei. Jedenfalls lautet die Pariser Parole jetzt: „Schweigen und Zeit gewinnen“.

Um den aufgeregten Nationalismus für die weitere Entwicklung der Dinge wach zu halten, fahren die für diese Aufgabe „zuständigen“ Blätter fort, den Stahlhelmaufmarsch in Berlin gewissermaßen als Vorboten der deutschen „Ressanche“ darzustellen und den deutschen Wehrgeist als solchen für alle vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Gefahren verantwortllich zu machen.

Amerika hat's nicht besser

Vor einem neuen 2-Milliarden-Fehlbetrag im amerikanischen Haushalt?

London. Senator King erklärte im Finanzausschuß des amerikanischen Senats, daß mit einem neuen großen Fehlbetrag am Ende des nächsten Haushaltsjahres zu rechnen sei. Der Fehlbetrag werde wahrscheinlich rund 2 Milliarden Dollar betragen. Die Schatzamtansweise, die allerdings nur einen Teil des Monats Juni umfassen, zeigten einen erschreckend niedrigen Eingang an Verbrauchsteuern.

Belagerungszustand in Quiso

Guayaquil. In Quiso ist der Belagerungszustand erklärt worden. Die Regierung kündigt die Beschlagnahme aller in den Händen von Zivilisten befindlichen Waffen an. Die Zahl der Todesopfer während des siebentägigen Auf-ruhrs wird nunmehr mit 800 angegeben.

Deutschlands Wirtschaftsbelebung

Berlin. Die „Verordnung zur Belebung der Wirtschaft“ ist am Sonntag vom Reichspräsidenten von Hindenburg in Neu-deck unterzeichnet worden. Die Verordnung gliedert sich in vier Teile, u. zw.:

1. „Entlastung der Wirtschaft“.
2. „Sozialpolitische Maßnahmen“.
3. „Kreditpolitische Maßnahmen“.
4. „Finanzpolitische Maßnahmen“.

Das Kernstück dieser Verordnung bildet die vom Reichskanzler von Papen in Münster angekündigte Ermächtigung zur Einrichtung von Steueranrechnungsscheinen in Höhe von 1,5 Milliarden RM, sowie zur Aussetzung von Prämien in Höhe von insgesamt 700 Millionen RM, zur Neueinstellung von Arbeitskräften, d. h. je Neueinstellung 400 RM jährlich. Der Schlußtag für die Inangriffnahme dieses Programms wird der 1. Oktober 1932 sein.

Außer dieser Verordnung des Reichspräsidenten wird eine Durchführungsverordnung erlassen werden, in der u. a. auch die Ausföderung des Tarifwesens behandelt sein wird. Die darin enthaltenen Maßnahmen sollen umgehend in die Tat umgesetzt werden.

Das Verordnungswerk wird im Reichsgeheblatt etwa 7 Seiten umfassen, über die eine amtliche Zusammenfassung veröffentlicht wird.

Ein Teil der Verordnung wird sich mit den vom Reich subventionierten Betrieben befassen. Für die Dauer der finanziellen Beihilfe müssen die Gehälter in diesen Betrieben den Gehältern in den Reichsbetrieben entsprechen.

Berlin. In der Stunde der Reichsregierung machten am Montag abend Reichswirtschaftsminister Professor Warmbold und Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Kro-sig über alle deutschen Sender nähere Ausführungen zu dem von der Reichsregierung bekanntgegebenen Wirtschaftsprogramm.

Die Berliner Presse spricht sich über das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung, soweit die Steuererleichterungs- und Arbeitsbeschaffungspläne in Frage kommen, überwiegend positiv aus, während sie zum Teil hinsichtlich der sozialpolitischen Maßnahmen und der Beibehaltung der Bürgersteuer Bedenken geltend macht.

Beilegung der Kabinettskrise in Japan

Tokio. Ministerpräsident Saito erhielt am Montag ein Schreiben der Fraktion der Seiyukai-Partei, in dem mitgeteilt wird, daß die Fraktion beschlossen habe, die Regierung aus außen- und innenpolitischen Gründen weiter zu unterstützen. Durch diese Erklärung ist die Kabinettskrise beigelegt. Bei der Abstimmung im Parlament wird die Partei der Regierung das Vertrauen aussprechen.

Wieder ein politischer Mord in Sofia

Sofia. Der ehemalige Chefredakteur der bauernparteilichen Regierungszeitung „Semledelsko Sname“, Michael Bundeff, wurde am Montag abend beim Verlassen eines Spielklubs durch mehrere Pistolenschüsse, die aus einem vorbeifahrenden Kraftwagen abgegeben wurden, getötet. Die Mörder entkamen im Kraftwagen. Der Anschlag ist nach Auffassung in politischen Kreisen Sofias im Auftrag der Imro ausgeführt worden. Innerhalb von drei Tagen ist es der dritte mazedonische Anschlag, der auf die Imro zurückgeht.



De Valera Völkerebunds-Präsident?

De Valera, der Ministerpräsident Irlands, wird voraussichtlich die am 23. September beginnende Völkerebundsstagung als Präsident leiten, da Irland turnusgemäß Anspruch auf den Vorsitz hat.

„Schweigen und Zeit gewinnen“

Die neue Pariser Parole.
Paris. Unter dem Zauberstab der Pariser „Pressere-“ hat sich die Entrüstungswelle gegen den deutschen Schritt in der Gleichberechtigungfrage ebenso plötzlich gegläh-tet, wie sie aufgeschäumt war. Damit soll selbstverständlich nicht gesagt sein, daß etwa ein Stimmungsumschwung eingetreten wäre. Die scheinbare Ruhe ist nur ein Anzeichen dafür,

